

## **Stellungnahme des Arbeitskreises BLUMEN FÜR STUKENBROCK zu einem Jahr Krieg in der Ukraine**

eingetragene gemeinnützige Vereinigung

Anschrift: Weidenstraße 28  
32457 Porta Westfalica  
Telefon/Fax (05 71) 755 08  
e-mail: w.hoener@t-online.de  
www.blumen-fuer-stukenbrock.de

Konto: Sparkasse Minden-Lübbecke  
Kto.-Nr. 87 000 238 · BLZ 490 501 01

Vorsitzender: Hubert Kniesburgs  
Kleine Straße 8  
33129 Delbrück  
h.kniesburgs@kniesburgs.net

22.02.2023

### **Der 24. Februar 2022 mahnt: Waffenstillstand jetzt!**

Am 25 Februar 2022, also unmittelbar nach Kriegsbeginn, erklärten wir:

„Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir verurteilen diese völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen Russlands in aller Entschiedenheit. Die Mitschuld der USA und der NATO an der seit Wochen zugespitzten Krise rechtfertigt nicht diese Aggression Russlands.“

Wir forderten u.a. einen sofortigen Waffenstillstand und die Realisierung des Minsker Abkommens.

Inzwischen hat sich die Lage weiter zugespitzt. Ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht. Ein dritter Weltkrieg mit dem Einsatz von Atomwaffen ist nicht mehr auszuschließen. Deutschland ist durch die Lieferung von Waffen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten daran zu Kriegspartei geworden.

Dieser Krieg hat eine Vorgeschichte: Das Heranrücken der NATO an die Grenzen Russlands stellt aus russischer Sicht eine Verletzung ihrer Sicherheitsinteressen dar. In unseren alljährlichen Aufrufen zum Antikriegstag und auf unseren Veranstaltungen haben wir immer auf mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung hingewiesen.

Die Warnungen Russlands wurden im Westen nicht ernst genommen. Deutschland und die EU-Staaten als treue Verbündete der USA waren nicht in der Lage und auch leider nicht bereit, vor dem 24. Februar 2022 eine Lösung zur Verhinderung des Krieges zu finden. Seit 2014 führt die Ukraine Krieg gegen die Russischsprachigen Gebiete im Osten ihres Landes mit tausenden Toten und Verletzten. Wo blieben die Proteste dagegen? Es gab seitens der ukrainischen Führung kein Interesse, die völkerrechtlichen Vorgaben des Minsker Abkommens zu erfüllen, die wahrscheinlich einen Krieg verhindert hätten. Bis heute werden Maßnahmen zu einem Waffenstillstand und zu einer Friedenslösung verhindert. In der Öffentlichkeit wird leider zu wenig über eine diplomatische diskutiert. Vorrangig geht es um die Lieferung von immer mehr schweren Waffen und Kampfflugzeugen an die Ukraine.

Wir meinen: Die russische und die ukrainische Regierung müssen jetzt im Interesse ihrer Menschen in ihren Ländern miteinander verhandeln. Es ist an der Zeit, dass endlich die Waffen schweigen! Waffenlieferungen bedeuten lediglich Kriegsverlängerung, mehr Tote, Not und Elend auf beiden Seiten.

Wir fordern getreu der Mahnung von Stukenbrock:

Deutschland muss dem Friedensgebot des Grundgesetzes folgend, jetzt alles tun, damit eine Ausweitung des Krieges verhindert wird und sofort jegliche Waffenhilfe an die Ukraine einstellen. Es sollte jetzt eine diplomatische Offensive starten, damit endlich die Waffen schweigen. Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch, u.a. vom Präsidenten Brasiliens, die dieser Bundeskanzler Scholz unterbreitete.